

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT

Stadt Hayingen



Gemeinde Pfronstetten



Gemeinde Zwiefalten



Norbert Kranz
Geschäftsführung

Melanie Hollerbach
Projektleitung/Bearbeiterin

Rosy Wirsching
Projektleitung/Bearbeiterin

Ihr kompetenter Partner in kommunalen Fragen

TÜBINGEN + LEIPZIG

FIRMENPROFIL



ERFAHRUNG:

seit über 35 Jahren für den öffentlichen Bereich tätig

GESCHÄFTSBEREICHE:

Finanzen, Organisation, Technik

NIEDERLASSUNGEN:

Tübingen - Leipzig

MITARBEITER:

25-30 Mitarbeiter(innen)

KUNDEN:

Kommunen, Landkreise, Institute, Ministerien, Verbände, Kirchen

FIRMENPHILOSOPHIE

Vier Punkte stehen für uns im Mittelpunkt:

- ✓ **INDIVIDUALITÄT**
 nur maßgeschneiderte Lösungen sind wirtschaftlich und befriedigend
- ✓ **AKTUALITÄT**
 nur wer einen Schritt vorausdenkt, kann langfristig seinen Kunden eine gute Beratung bieten
- ✓ **RECHTSSICHERHEIT**
 nur ein Vorgehen nach der aktuellen Rechtsprechung verhindert Folgekosten
- ✓ **WIRTSCHAFTLICHKEIT**
 als Treuhänder von öffentlichen Geldern stehen Sie (und damit auch wir als Beratungsunternehmen) in einer besonderen Verantwortung der Öffentlichkeit gegenüber



Ihr kompetenter Partner in kommunalen Fragen

TÜBINGEN + LEIPZIG

GESCHÄFTSBEREICHE



FINANZEN

- ✓ Kalkulationen von Gebühren, Beiträgen und Entgelten
- ✓ Kosten- & Leistungsrechnung (KLR)
- ✓ Haushaltskonsolidierung
- ✓ Doppik / Vermögensbewertung

ORGANISATION

- ✓ Organisationsuntersuchung Kommunen, öffentliche Betriebe, Institutionen, Kirchen
- ✓ Stellenbewertungen nach TVöD, TV-L, TV-V
- ✓ Seminare
- ✓ Personalentwicklung / Personalauswahl
- ✓ Raum- und Funktionsprogramme
- ✓ OE – Technische Betriebe

TECHNIK

- ✓ Straßenentwässerungskostenanteile
- ✓ Digitalisierung kommunale Infrastruktur
- ✓ Kanalnetze
- ✓ Kostenzuordnung
- ✓ Hausmeisterdienste
- ✓ Baubetriebshöfe

Ihr kompetenter Partner in kommunalen Fragen

TÜBINGEN + LEIPZIG

AUFTRAG



Die **Kommunen Hayingen, Pfronstetten und Zwiefalten** haben **HEYDER + PARTNER** Gesellschaft für Kommunalberatung mbH beauftragt, eine Untersuchung hinsichtlich der **Möglichkeiten / Erweiterung der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ)** durchzuführen.

IM RAHMEN DIESER LEADER-GEFÖRDERTEN UNTERSUCHUNG ZUR IKZ WURDE EINE BÜRGERBETEILIGUNG IM RAHMEN EINER BEFRAGUNG DURCHGEFÜHRT!

Ihr kompetenter Partner in kommunalen Fragen

TÜBINGEN + LEIPZIG

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT



Die Bürger messen ihre Zufriedenheit gegenüber der öffentlichen Verwaltung heute mehr denn je daran, wie gut die erbrachten Leistungen auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind.

Ihr kompetenter Partner in kommunalen Fragen

TÜBINGEN + LEIPZIG

ZENTRALE THEMENBEREICHE DER BÜRGERBEFRAGUNG


Zusammenarbeit und Vernetzung

- Zentrale Anlaufstelle für das Personenstands- und Friedhofswesen
- Zentrale Ortsbehörde für Rentenangelegenheiten

Bürgerservice und Bürgerangebot

- Grundsätzlich erwartetes Serviceangebot der Kommunalverwaltung vor Ort
- Erweiterung des Serviceangebots
- Erweiterung digitales Angebot
- Erweiterung des Serviceangebotes im Bereich der Seniorendienste
 - ❖ Notwendige Bereiche für Seniorendienste
 - ❖ Gemeinsamer Bürgerbus

ZIEL DER BÜRGERBEFRAGUNG (1)



EINBEZIEHUNG DER ERKENNTNISSE AUS DER BÜRGERBEFRAGUNG IN DIE ÜBERLEGUNGEN UND MÖGLICHKEITEN ZUR UNTERSUCHUNG DER INTERKOMMUNALEN ZUSAMMENARBEIT:

- Bedürfnisfeststellung, Bestimmung der Zielgruppen
- Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit und Handlungsfähigkeit sowie des wirtschaftlichen Arbeitens der kleinen Kommunalverwaltungen
- Potentiale für Optimierungs- und ggf. Zentralisierungsmöglichkeiten bzw. gemeinsame Zusammenarbeit / Vernetzung
- Aufzeigen der Aufgabenfelder zur zwingenden Verbleib/Erledigung vor Ort



ZIEL DER BÜRGERBEFRAGUNG (2)

EINBEZIEHUNG DER ERKENNTNISSE AUS DER BÜRGERBEFRAGUNG IN DIE ÜBERLEGUNGEN UND MÖGLICHKEITEN ZUR UNTERSUCHUNG DER INTERKOMMUNALEN ZUSAMMENARBEIT:

- Risiken und Voraussetzung für Lösungen – Aufzeigen der Rahmenbedingungen
- Konsequenzen und Bedingungen zur Realisierung - Akzeptanz, Praktikabilität, Ressourcen
- Weitere Möglichkeiten zur Entwicklung/Intensivierung von:
 - Bürgerangeboten
 - Zusammenarbeit



GEWÄHLTES MITTEL FÜR DIE BÜRGERBETEILIGUNG: FRAGEBOGEN

Erhebung in allen drei Kommunen über einen einheitlich gefassten Fragebogen als Beilage im Amtsblatt der Juli-Ausgabe

Frist zur Beteiligung: 2 Wochen

Rückgabe: Ausgefüllt (Papierform) bis spätestens zum 2. August 2018 in der jeweiligen Kommune

Stadt / Gemeinde		Interkommunale Zusammenarbeit - Zwiefalten, Hayngen und Pfronstetten		HEYDER + PARTNER GESELLSCHAFT FÜR KOMMUNALBERATUNG MBH	
Bürgerbefragung im Auftrag der Gemeinde / Stadt					
A	Leben in der Gemeinde / Stadt				
1.	In welchem (Orts-)Teil der Gemeinde / Stadt sind sie wohnhaft? Bitte ankreuzen:				
	<input type="checkbox"/> Teilort A	<input type="checkbox"/> Teilort B	<input type="checkbox"/> Teilort C	<input type="checkbox"/> Teilort D	<input type="checkbox"/> Teilort H
	<input type="checkbox"/> Teilort E	<input type="checkbox"/> Teilort F	<input type="checkbox"/> Teilort G		
2.	Zu welcher Altersgruppe gehören Sie?				
	<input type="checkbox"/> unter 20 Jahren	<input type="checkbox"/> 20 - 40 Jahre	<input type="checkbox"/> 41 - 60 Jahre		
	<input type="checkbox"/> 61 - 85 Jahre	<input type="checkbox"/> über 85 Jahre			
B	Zusammenarbeit und Bürgerservice				
B1	Zusammenarbeit und Vernetzung				
1.	In Zeiten des demographischen Wandels rückt das Thema "Interkommunale Zusammenarbeit und Vernetzung" immer mehr in den Fokus der Kommunen. Gerade für kleine Kommunen bietet eine Kooperation mit anderen Partnern die Möglichkeit ihren Bürgern, trotz veränderter Rahmenbedingungen, einen effizienten und bürgernahen Service zu gewährleisten.				

FRAGEBOGEN

FRAGEBOGEN: SEITE 1 UND SEITE 2

Ihr kompetenter Partner in kommunalen Fragen

TÜBINGEN + LEIPZIG

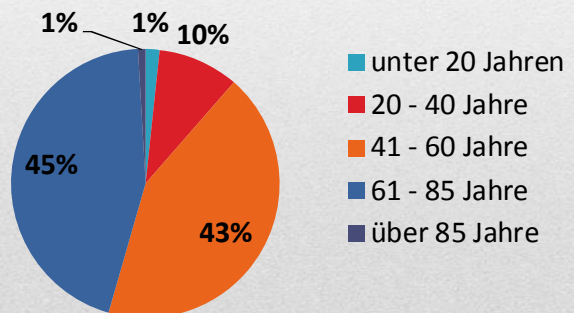
ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: A. LEBEN IN DER GEMEINDE/STADT

Bürgerbeteiligung im Rahmen der Befragung lag bei **2,14 %**.

Im kommunalen Vergleich war die Beteiligung in Hayingen am stärksten:

- Hayingen 2,75%
- Pfronstetten 2,09%
- Zwiefalten 1,57%

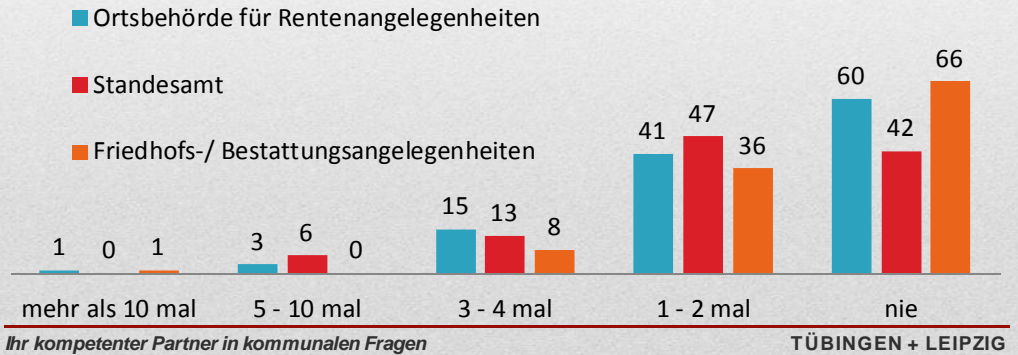
Beteiligung nach Altersgruppen:



ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B1 Zusammenarbeit und Vernetzung – Zentralisierung von Aufgabenfeldern, Vernetzung

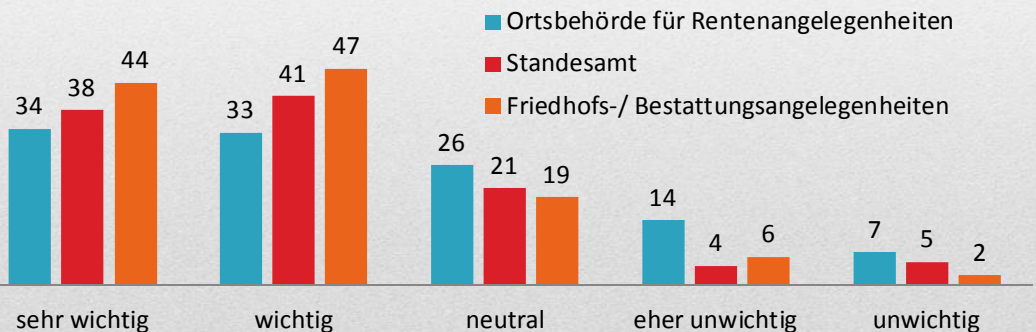
Häufigkeit der Inanspruchnahme der befragten Bereiche in der Verwaltung in den vergangenen 10 Jahren:



ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B1 Zusammenarbeit und Vernetzung – Zentralisierung von Aufgabenfeldern, Vernetzung

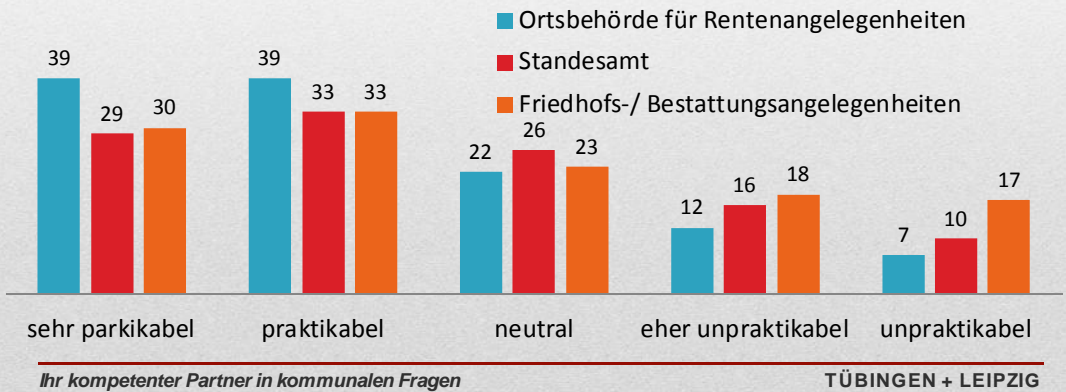
Wichtigkeit einer solchen Anlaufstelle vor Ort in der Heimatstadt/-Gemeinde:



ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B1 Zusammenarbeit und Vernetzung – Zentralisierung von Aufgabenfeldern, Vernetzung

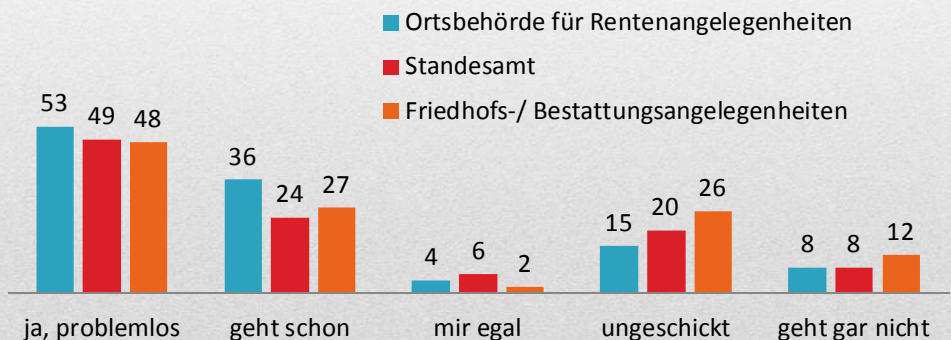
Bewertung der Praktikabilität zentraler Anlauf- und Bearbeitungsstellen in der Region:



ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B1 Zusammenarbeit und Vernetzung – Zentralisierung von Aufgabenfeldern, Vernetzung

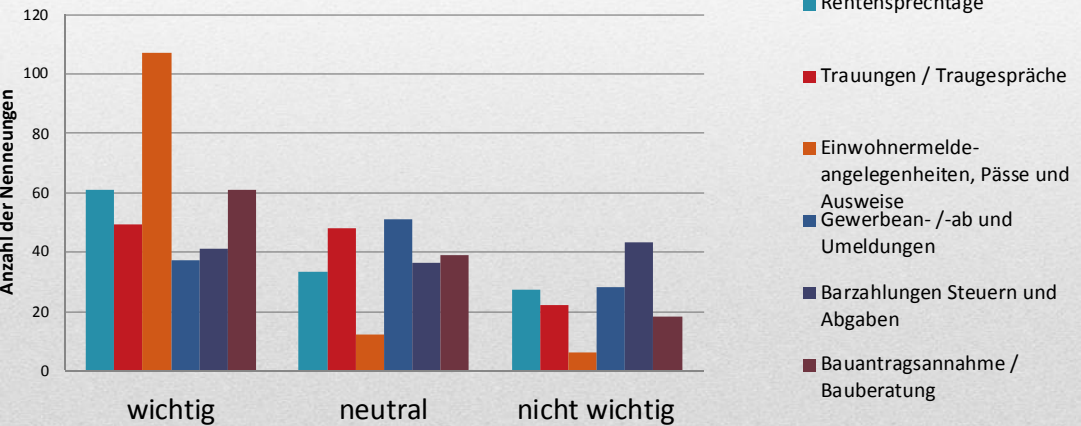
Akzeptanz eines 5-10 minütige Anfahrtsweges zu solchen zentralen Anlaufstellen:



ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

1 Zusammenarbeit und Vernetzung – Zentralisierung von Aufgabenfeldern, Vernetzung

1) Wichtigkeit/Bedürfnis der Erledigung von Anliegen vor Ort und nicht nur in zentralen Anlaufstellen:



Ihr kompetenter Partner in kommunalen Fragen

TÜBINGEN + LEIPZIG

ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B1 Zusammenarbeit und Vernetzung – Zentralisierung von Aufgabenfeldern, Vernetzung

(2) Wichtigkeit/Bedürfnis der Erledigung von Anliegen vor Ort und nicht nur in zentralen Anlaufstellen:

Weitere Einzelnennungen, u.a.:

- Schule / Kindergarten
- Notar
- Sozialstelle
- Etc.

ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

Ergebniszusammenfassung zur Zentralisierung von Aufgabenfeldern, Vernetzung:

- Es wird die Annahme bestätigt, dass Bereiche Rente-, Standesamt und Friedhof verhältnismäßig selten aufgesucht werden müssen.
- Zentralen Erledigungsstellen, mit einem geringen Anfahrtsweg, ist von Seiten der Bürger akzeptabel und wird überwiegend als praktikabel angesehen.
- Folgende Aufgabenfelder sollten unbedingt in der jeweiligen Kommune verortet bleiben:
 - Meldewesen, Pässe/Ausweise, Gewerbeangelegenheiten
 - Bauordnung (Bauanträge, Bauberatung)
 - Rentensprechtag – Aufgabenwahrnehmung kann zentral gebündelt sein
 - Eheschließungen – Aufgabenwahrnehmung kann zentral gebündelt sein

mit
Termin

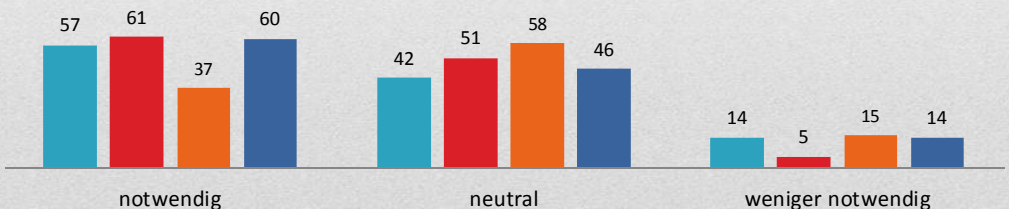
ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B2 Bürgerservice und Bürgerangebot – Bürgerservice, digitales Angebot

94% der Befragten sind mit dem vorhanden Serviceangebot in ihrer Kommune zufrieden.

Notwendigkeit zur Erweiterung des Serviceangebotes insb. in folgenden Bereichen:

- Digitale Serviceangebote
- Ausweitung des Seniorenangebotes
- Ausweitung der übergreifenden Vernetzung der Kommunen im Thema "gemeinsame Ausbildung in den Kommunen"
- Ausweitung des Bürgerengagements mit städtischer Unterstützung



ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B2 Bürgerservice und Bürgerangebot - Bürgerservice, digitales Angebot

Zusätzlich erwartetes Serviceangebot in der Verwaltung vor Ort (Mehrfachnennungen mit erhöhter Wichtigkeit), u.a. :

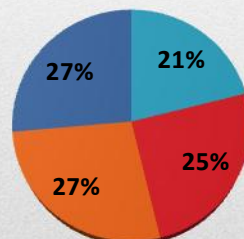
- Bauangelegenheiten (Auskünfte/Bauberatung), Bauleitplanung (u.a. Planeinsicht)
- Betreuungsangebote (Ganztagsbetreuung, inkl. Mittagessen) KIGA, Schule
- Bessere/Flexiblere Öffnungszeiten
- Hilfe bei Anträgen/Formularen/digitalen Themen
- Digitales Rathaus
- Gemeinsames Amtsblatt
- Einwohnermeldeamt (Pässe, Ausweise), Standesamt/Friedhof und Rente vor Ort
- Soziales Angebot (Nachbarschaftshilfe, Demenzbetreuung, Essen auf Rädern)

ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B2 Bürgerservice und Bürgerangebot - Bürgerservice, digitales Angebot

Diskutable Vorschläge zur Erweiterung des digitalen Serviceangebotes auf der Homepage:

- Antragsformulare aus dem Bereich Soziales
- Anmeldung / Abmeldung Abfall / Tonne
- Meldung Wasserverbräuche, Wasserschäden
- Meldungsmanager Ausfall Straßenbeleuchtung, Baum-/ und Straßenschäden



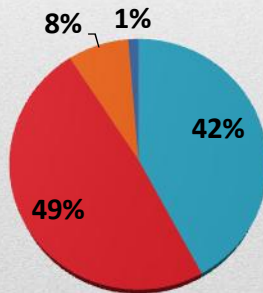
ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B2 Bürgerservice und Bürgerangebot - Bürgerservice, digitales Angebot

61% der Befragten sind regelmäßig Nutzer von digitalen Serviceangeboten.
Hiervon werden digitale Angebote häufig oder zumindest gelegentlich genutzt.

Der Ausbau ist daher durchaus erforderlich!

■ häufig ■ gelegentliche ■ selten ■ bei Bedarf



ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG: B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

Ergebniszusammenfassung zum Bereich Bürgerservice, digitales Angebot:

- Das vorhandene Serviceangebot wird überwiegend als gut bewertet.
- Möglichkeiten zur Erweiterung werden aber gesehen (bspw. im Bereich Bauen, Betreuung, Öffnungszeiten, Soziales/Senioren, Digitalisierung, Engagement, etc.) und sollten wenn von allen drei Kommunen gleichermaßen nachdrücklich und in einheitlichen Strukturen angegangen werden.
- Es wird die Annahme bestätigt, dass insb. die Erweiterung des digitalen Angebotes, auch gemessen am Nutzungsverhalten, gerade in den befragten Bereichen dringend erforderlich ist.

ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG:

B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B2 Bürgerservice und Bürgerangebot – Seniorenarbeit/-dienste, Bürgerengagement

69% der Befragten halten die soziale Versorgung (bspw. Caritas, Diakonie, etc.) für ausbaufähig.

Die Ausweitung des Versorgungsangebotes, als Herausforderung an eine IKZ sowie die Kommunen, sehen **ca. 80 %** der Befragten als ein zentrales Bedürfnis an!

Auch, da im Verhältnis hierzu **70%** der Befragten vom Thema „Älterwerden“ betroffen sind.

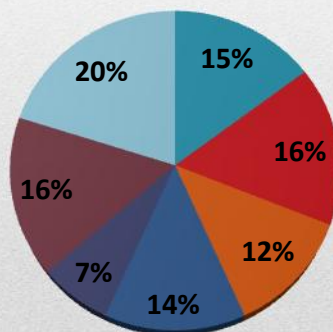
ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG:

B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B2 Bürgerservice und Bürgerangebot – Seniorenarbeit/-dienste, Bürgerengagement

Die Verstärkung der Angebote ist in folgenden Bereichen gewünscht:

- Pflege
- Hauswirtschaftliche Hilfen
- Begegnungstätte
- Einkaufshilfe
- Wäschedienst
- Fortbewegung
- zentrale Anlauf- und Beratungsstelle



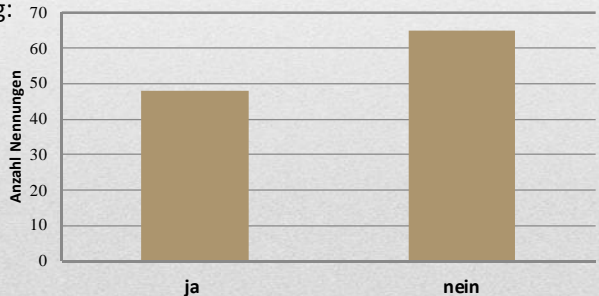
ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG:

B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

B2 Bürgerservice und Bürgerangebot – Seniorenarbeit/-dienste, Bürgerengagement

81% der Befragten halten die Idee zur Einführung eines Bürgerbusses als eine sinnvolle Möglichkeit die Seniorenarbeit zu verstärken.

Die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Beteiligung im Rahmen der Seniorendienste ist im Verhältnis hierzu eher ausbaufähig:



ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG:

B. ZUSAMMENARBEIT UND BÜRGERSERVICE

Ergebniszusammenfassung zur Seniorenarbeit/-dienste, Bürgerengagement:

Die Themen „Demographischer Wandel“ sowie „Ehrenamt“ sind wichtige Belange und eine Herausforderung für kleine Kommunen:

- Ein gemeinsames Ausbildungsprogramm, welches dem Generationswechsel entgegenwirkt und die Handlungsfähigkeit der Kommune sichert, wird als positiv erachtet.
- Die Idee der Einrichtung eines Bürgerbusses zur Steigerung der Mobilität gerade von „älteren Mitbürgern“ kann als erster Schritt im Bereich der Seniorendienste gegangen werden.
- Eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle würde eine deutliche Steigerung der Möglichkeiten/Hilfestellungen im Bereich des Sozialwesens und der Seniorendienste bieten. Optionen und Potentiale sollten von den Kommunen gemeinsam durchdacht werden.
- Für den Bereich des „Ehrenamtes“ sollten Anreize geschaffen werden, um eine Steigerung der Bereitschaft zu fördern. Gemessen an den Herausforderungen für die Kommunen gibt es hier noch Verbesserungspotentiale.

FAZIT ZUR BÜRGERBETEILIGUNG

- Überwiegend waren die Rückmeldungen, gerade auch zu den befragten Kernthemen, begrüßend im Sinne der Annahmen und gemachten Überlegungen im Rahmen der Untersuchung.
- Grundsätzlich ist der Rücklauf auch gemessen am Umfang und der Grundstimmung der Meldungen als positiv zu werten.
- Kritische Äußerungen gab es abgesehen von einer Einzelmeldung nicht.
(O-Ton: „Zusammenschluss der drei Kommunen zu Einer aufgrund der Gemeindegröße ist längst überfällig“)
- Die Auswertungsergebnisse der Rückmeldungen bieten eine gute Ausgangsbasis für die Überlegungen/Möglichkeiten zum Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT

Es bestehen Möglichkeiten zur weiteren Zusammenarbeit.

Aber!

Diese sind lediglich Optionen, die wir in ihren Kommunen für möglich halten!

GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER!

- Kleinere Kommunen stellen sich den zukünftigen Herausforderungen
- gemeinsam.
- Es wurden bereits erste Grundsteine gelegt/ erste Schritte gegangen (GVV).

Weshalb sollten diese ausgebaut werden?

- Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Kommunen
- Auffangen von Personalausfällen (Krankheit, Generationenwechsel, etc.)
- Verbesserte Vertretungs- und Urlaubssituation
- Verbesserte Aufgabenerledigung durch Spezialisierung
- Verbesserung/Erweiterung des Bürgerservices

ZIELE DER KÜNFTIGEN ZUSAMMENARBEIT

- Sicherung der Erfüllung öffentlicher Aufgaben
- Anpassung veränderten Rahmenbedingungen
- Wirtschaftliches Arbeiten
- Bildung von Netzwerken
- Austausch von Erfahrungen



Dabei soll eine verbesserte Kundenorientierung gewährleistet und Spezialisierungseffekte bei den Mitarbeitern gefördert werden.

IN JEDEM FALL BLEIBEN IN IHRER GEMEINDE/STADT:

1. Einwohnerorientierte Aufgaben:

- Bürgerbüro mit Einwohnerwesen, Pass- und Ausweiswesen,
- Wahlen,
- Gewerbeanmeldung,
- Führungszeugnisse, Anträge Führerscheine, Beglaubigungen
- Eheschließungsstandesbeamte/r
- Vereine, Museen, Kultur (mit Naturtheater), Sport
- Jugend (Kindergarten), Senioren, Schulen
- Ansprechpartner Tourismus
- Miet- und Pachtverträge
- Bauordnung (Einwohnergrenze für die Übernahme der untere Baurechtsbehörde wird nicht erreicht)

IN JEDEM FALL BLEIBEN IN IHRER GEMEINDE/STADT:

2. Ortspolizeibehörde, Feuerwehr:

- Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Feuerwehr
- Zivil und Katastrophenschutz
- Obdachlose, Flüchtlinge

3. Zentrale Verwaltungsaufgaben:

- Geschäftsstelle Gemeinderat und Ausschüsse
- Kommunalverfassungsrecht
- Organisation, Geschäftsverteilung
- Sachbearbeitung Personal
- Grundstücksverkehr

WO SEHEN WIR MÖGLICHKEITEN?

Die folgenden Aufgaben und Bereiche sind unsere **Vorschläge**, wie und wo wir für ihre Kommunen in Zukunft weitere Interkommunale Zusammenarbeits-**Möglichkeiten** sehen.

UNTERSUCHUNGSSCHWERPUNKTE

Zentrale Bedingungen für die IKZ:

- ✓ Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen (Ablage, Software, Regelungen, Struktur, Steuerung) in allen drei IKZ-Kommunen

Erst wenn eine gemeinsame Basis steht, könnten weitere gemeinsame Schritte gegangen werden!

WELCHE BEREICHE HABEN WIR UNS ANGESCHAUT?

Zentrale Möglichkeiten für die IKZ im Rahmen des Betriebsmodells GVV:

- Gemeinsames Finanzwesen, zentrales Kasse- und Beitreibungswesen
 - ✓ **Ziel:** Sicherung Vertretung, Doppik-Unterstützung, Rechtssicherheit
- Gemeinsames Bauamt (ohne Bauordnung), Zentrales Vergabemanagement
 - ✓ **Ziel:** Ausbau / Nutzung der festgehaltenen Möglichkeiten des GVV, Spezialisierung und Effektivitätssteigerung
- Zentrales Personenstandswesen (ausgenommen Eheschließungen); Friedhofswesen
 - ✓ **Ziel:** Rechtssicherheit, Effektivitätssteigerung/Spezialisierung: Bürgerservice
- Zentrale Ortsbehörde Rente (ausgenommen Rentenberatungstermine/-Sprechtag)
 - ✓ **Ziel:** Effektivitätssteigerung/Spezialisierung, Verbesserung Bürgerservice

UNTERSUCHUNGSSCHWERPUNKTE

Weitere für die IKZ geeignete Bereiche:

- Verkehrssicherheitspflichten / Bauhof
 - ✓ **Ziel:** Bündelung Kompetenzen, Sicherstellung Verkehrssicherung
- Seniorendienste/-Arbeit, bspw. gemeinsamer Bürgerbus
 - ✓ **Ziel:** Ausbau Bürgerservice/Intensivierung Seniorenarbeit
- Gemeinsames Ausbildungsmodell
 - ✓ **Ziel:** Sicherung der Nachbesetzung in den Verwaltungen, Aufstellung als attraktiver Arbeitgeber

WAS HEIßT DAS NUN FÜR DEN WEITEREN VERLAUF?

- Übergabe der Untersuchungsergebnisse an die Gremien und Diskussion der nächsten Schritte bzw. der denkbaren Möglichkeiten
- Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen in den Kommunalverwaltungen für ein mögliches gemeinsames Vorgehen
- Abstimmung und Entscheidung über mögliche IKZ-Aufgaben
- Information/ Einbeziehung der Öffentlichkeit
- Nach den Beschlüssen: Umsetzung in den Verwaltungen

